

Antrag

der Abg. Sascha Binder und Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Dublin-Überstellungen aus Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Personen in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren in Baden-Württemberg registriert worden sind, die zuvor einen Asylantrag in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (Einreiseland) gestellt haben, differenziert nach Jahren und Einreiseländern sowie Nationalität;
2. wie viele dieser Personen in das Einreiseland innerhalb der vorgesehenen sechs Monate überstellt wurden, differenziert nach Jahren und Einreiseland sowie Nationalität;
3. wie viele dieser Personen in das Einreiseland aufgrund von Flüchtigkeit innerhalb von 18 Monaten bzw. aufgrund von Haft innerhalb von zwölf Monaten in das Einreiseland überstellt wurden, differenziert nach Jahren und Einreiseland sowie Nationalität;
4. wie vielen Personen in den vergangenen fünf Jahren internationaler Schutz (Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz) in Baden-Württemberg gewährt wurde, nachdem die Überstellung in das Einreiseland scheiterte;
5. wie vielen Personen in den vergangenen Jahren ein nationales Abschiebungsverbot in Baden-Württemberg gewährt wurde, nachdem die Überstellung in das Einreiseland scheiterte;

6. wie viele Personen in den vergangenen fünf Jahren aufgrund von Abschiebungshindernissen, insbesondere systemische Schwachstellen nach der Dublin III-Verordnung, im Dublinverfahren nicht in das Einreiseland überstellt wurden, differenziert nach Jahr, Einreiseland und Nationalität.

10.9.2024

Binder, Dr. Weirauch, Weber, Hoffmann, Ranger SPD

Begründung

Für den Täter von Solingen war Bulgarien als Einreiseland für das Asylverfahren zuständig. Da eine Überstellung nach Bulgarien durch die deutschen Behörden innerhalb der vorgesehenen Frist von sechs Monaten scheiterte, ging die Zuständigkeit für das Asylverfahren auf Deutschland über.

Der Antrag soll in Erfahrung bringen, wie sich die Situation in Baden-Württemberg darstellt. Es ist insbesondere von Interesse, wie viele Überstellungen erfolgten und in wie vielen Fällen diese scheiterten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2024 nimmt das Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie viele Personen in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren in Baden-Württemberg registriert worden sind, die zuvor einen Asylantrag in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (Einreiseland) gestellt haben, differenziert nach Jahren und Einreiseländern sowie Nationalität;*
- 2. wie viele dieser Personen in das Einreiseland innerhalb der vorgesehenen sechs Monate überstellt wurden, differenziert nach Jahren und Einreiseland sowie Nationalität;*
- 3. wie viele dieser Personen in das Einreiseland aufgrund von Flüchtigkeit innerhalb von 18 Monaten bzw. aufgrund von Haft innerhalb von zwölf Monaten in das Einreiseland überstellt wurden, differenziert nach Jahren und Einreiseland sowie Nationalität;*
- 4. wie vielen Personen in den vergangenen fünf Jahren internationaler Schutz (Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz) in Baden-Württemberg gewährt wurde, nachdem die Überstellung in das Einreiseland scheiterte;*

5. *wie vielen Personen in den vergangenen Jahren ein nationales Abschiebungsverbot in Baden-Württemberg gewährt wurde, nachdem die Überstellung in das Einreiseland scheiterte;*
6. *wie viele Personen in den vergangenen fünf Jahren aufgrund von Abschiebungshindernissen, insbesondere systemische Schwachstellen nach der Dublin III-Verordnung, im Dublinverfahren nicht in das Einreiseland überstellt wurden, differenziert nach Jahr, Einreiseland und Nationalität.*

Zu 1. bis 6.:

Die Zuständigkeit für Entscheidungen über Asylanträge liegt ausschließlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Bundesbehörde. Dies umfasst auch die Ablehnung eines Asylantrags als unzulässig aufgrund der Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz nach der Dublin-III-Verordnung gemäß § 29 Absatz 1 Nr. 1 Buchst. a AsylG. Eine Zuständigkeit der Behörden Baden-Württembergs besteht lediglich hinsichtlich des Vollzugs der Überstellungen auf Grundlage der vom BAMF getroffenen Entscheidung und mitgeteilten Modalitäten.

Seitens der Landesbehörden erfolgt keine umfassende statistische Erfassung des Asylverfahrens in seiner Gesamtheit, weshalb die Zahlen und Informationen im Sinne der Fragestellungen nicht vorliegen und nur mit nicht vertretbarem Verwaltungsaufwand durch Sichtung eines jeden Einzelfalls ermittelt werden könnten. Das BAMF wurde um Übermittlung der dort vorliegenden oder durch eine Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR) zu ermittelnden Zahlen und Informationen gebeten, worauf mitgeteilt wurde, dass es als Bundesbehörde nicht der parlamentarischen Kontrolle des Landtags von Baden-Württemberg unterliege und eine freiwillige Beantwortung aufgrund des aktuellen Arbeits- und Anfrageaufkommens nicht möglich sei.

Daher können lediglich die Gesamtzahlen der Dublin-Überstellungen aus Baden-Württemberg in den Jahren 2020 bis 2024 (Stand 31. August) mitgeteilt werden. Sie können nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Ob die Überstellungen innerhalb der Frist von sechs Monaten oder nach Fristverlängerung zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt wurden, wird statistisch nicht erfasst. Eine statistische Erfassung der Überstellungen aus der Abschiebungshafteinrichtung heraus erfolgt erst seit 2022.

2020:

Mitgliedstaat	Überstellungen
Belgien	3
Dänemark	1
Finnland	3
Frankreich	77
Iran	1
Italien	68
Kroatien	4
Lettland	1
Litauen	1
Luxemburg	1
Malta	5
Niederlande	17
Norwegen	1
Österreich	21
Polen	7
Portugal	8
Rumänien	2
Schweden	11
Schweiz	27
Slowenien	5
Spanien	11
Tschechische Republik	1
Gesamtergebnis	276

Herkunftsland	Überstellungen
Afghanistan	20
Albanien	7
Algerien	9
Armenien	5
China	9
Eritrea	7
Gambia	15
Georgien	4
Ghana	2
Guinea	18
Indien	9
Irak	22
Iran	4
Kamerun	6
Kosovo	4
Marokko	1
Nigeria	52
Polen	1
Russische Föderation	16
Senegal	2
Sierra Leone	1
Somalia	9
Sri Lanka	7
Syrien	11
Togo	9
Tunesien	14
Türkei	12
Gesamtergebnis	276

2021:

Mitgliedstaat	Überstellungen
Belgien	2
Bulgarien	2
Dänemark	1
Finnland	1
Frankreich	33
Italien	98
Litauen	13
Luxemburg	1
Niederlande	15
Österreich	27
Polen	8
Rumänien	1
Schweden	22
Schweiz	28
Slowenien	3
Spanien	34
Gesamtergebnis	289

Herkunftsland	Überstellungen
Afghanistan	21
Albanien	1
Algerien	31
Armenien	1
Elfenbeinküste	1
Eritrea	3
Gambia	36
Georgien	10
Ghana	1
Guinea	5
Indien	1
Irak	36
Iran	6
Kamerun	7
Kosovo	7
Marokko	10
Nigeria	27
Pakistan	1
Russische Föderation	11
Senegal	4
Serbien	1
Somalia	14
Sri Lanka	5
Syrien	18
Togo	9
Tunesien	11
Türkei	7
Unbekannt	4
Gesamtergebnis	289

2022:

Mitgliedstaat	Überstellungen
Belgien	4
Bulgarien	12
Dänemark	4
Estland	1
Finnland	3
Frankreich	44
Italien	88
Kroatien	13
Lettland	5
Litauen	3
Luxemburg	11
Niederlande	9
Österreich	42
Polen	5
Portugal	1
Rumänien	7
Schweden	9
Schweiz	25
Slowenien	15
Spanien	44
Gesamtergebnis	345

Herkunftsland	Überstellungen
Afghanistan	71
Algerien	37
China	1
Eritrea	4
Gambia	20
Indien	1
Irak	21
Iran	13
Kamerun	14
Kosovo	2
Marokko	10
Nigeria	26
Russische Föderation	15
Senegal	3
Serbien	10
Somalia	6
Sri Lanka	1
Syrien	44
Togo	6
Tunesien	17
Türkei	17
Unbekannt	6
Gesamtergebnis	345

Davon erfolgten insgesamt fünf Überstellungen aus der Abschiebungshafteinrichtung heraus.

2023:

Mitgliedstaat	Überstellungen
Belgien	7
Bulgarien	16
Dänemark	5
Finnland	9
Frankreich	52
Kroatien	30
Litauen	2
Malta	2
Niederlande	6
Norwegen	1
Österreich	161
Polen	12
Portugal	5
Rumänien	8
Schweden	14
Schweiz	18
Slowenien	4
Spanien	46
Tschechische Republik	3
Zypern	1
Gesamtergebnis	402

Herkunftsland	Überstellungen
Afghanistan	118
Algerien	19
Äthopien	1
China	3
Eritrea	1
Gambia	7
Georgien	6
Ghana	1
Guinea	1
Indien	21
Irak	23
Iran	13
Kamerun	4
Kasachstan	1
Kosovo	1
Libanon	1
Marokko	9
Nigeria	7
Pakistan	1
Russische Föderation	31
Senegal	2
Somalia	5
Sri Lanka	2
Staatenlos	1
Syrien	25
Togo	5
Tunesien	19
Türkei	63
Ukraine	2
unbekannt	8
USA	1
Gesamtergebnis	402

Keine der Überstellungen erfolgte aus der Abschiebungshafteinrichtung heraus.

2024 (Stand: 31. August)

Mitgliedstaat	Überstellungen
Belgien	11
Bulgarien	26
Finnland	1
Frankreich	54
Griechenland	1
Kroatien	69
Lettland	2
Litauen	1
Malta	2
Niederlande	18
Österreich	111
Polen	11
Portugal	7
Rumänien	6
Schweden	8
Schweiz	42
Slowenien	1
Spanien	33
Tschechische Republik	5
Gesamtergebnis	409

Herkunftsland	Ergebnis
Afghanistan	74
Algerien	24
China	6
Elfenbeinküste	1
Eritrea	1
Georgien	1
Indien	12
Irak	15
Iran	4
Kamerun	3
Kap Verde	3
Kuwait	1
Libanon	4
Marokko	15
Nigeria	14
Pakistan	4
Russische Föderation	21
Somalia	3
Sri Lanka	10
Syrien	33
Togo	2
Tunesien	8
Türkei	145
Ukraine	1
Unbekannt	3
Vietnam	1
Gesamtergebnis	409

Davon erfolgten vier Überstellungen aus der Abschiebungshafteinrichtung heraus.

Gentges
Ministerin der Justiz
und für Migration